

Haben Frauen in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft des Landes NRW schon den gebührenden Stellenwert?

Tausch: Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sicherlich nicht. Frauen haben inzwischen einen sehr hohen Bildungsstandard. Sie haben häufig bessere Schulabschlüsse als Männer und eine sehr gute Berufsausbildung. Aber in zukunftsträchtigen

Berufen sowie Management- und Spitzenfunktionen sind Frauen noch deutlich unterrepräsentiert. Daher ist es sehr wichtig, gerade junge Frauen zu ermuntern,



Cornelia Tausch (SPD)

auch neue und technische Studiengänge zu wählen. Ein Grund ist sicherlich auch, dass es immer noch schwierig ist, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Es sind überwiegend Frauen, die diesen Spagat bewältigen müssen. Frauen kämpfen aber auch immer noch mit vorhandenen Vorurteilen und strukturellen Diskriminierungen.

van Dinther: In der Arbeitswelt glaube ich kaum, dass meine Generation es noch erleben wird, dass Frauen den gleichen Stellenwert haben werden. Aber ich glaube, dass es für unsere Töchtergeneration durch die wesentlich besseren Ausbildungschancen schon leichter sein wird. Viele Arbeitgeber schrecken immer noch davor zurück, Frauen im geburtsfähigen Alter für eine Spitzenposition vorzusehen, da sie unsicher sind, ob ihnen die Frauen auch dauerhaft erhalten

bleiben. Die Alternative sieht oftmals so aus, dass Frauen ganz auf Karriere setzen und auf Familie und teilweise auch auf privates Glück verzichten. Das ist aber ein zu hoher Preis. Beim Hochschulpersonal sieht es so aus, dass Professoren zu über 90 Prozent verheiratet sind und Kinder haben, während die wenigen Professorinnen, die wir haben, zum größten Teil ledig oder kinderlos verheiratet sind. Und

eine Nachfolgerin für meine Stelle an einer Gesamtschule zu bekommen. Ich habe festgestellt, dass mir fast alle Frauen abgesagt haben, weil sie nicht bereit waren, diese Verantwortung zu übernehmen. Und ich habe mich gefragt, was können wir tun, damit Frauen sich mehr zutrauen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Gesellschaftspolitik, das geht Männer wie Frauen an. Frauen und Karriere ist ein Thema, wo wir Frauen stark

Abgeordnete fordern neue Rahmenbedingungen

Deutschland darf kein Entwicklungsland für Frauen bleiben

Trotz Jahre währenden Anstrengungen für eine Gleichstellung der Geschlechter sind Frauen in der Arbeitswelt bis heute unterrepräsentiert. Das gilt besonders für die Führungsetagen in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung. Über die Gründe, mögliche Lösungsansätze und Zukunftschancen sprach Landtag intern mit Brigitte Capune-Kitka (FDP) und Regina van Dinther (CDU) aus dem Frauenausschuss sowie Cornelia Tausch (SPD) und Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) aus dem Wissenschaftsausschuss.

wenn sich knapp 50 Prozent der Akademikerinnen für die Kinderlosigkeit entscheiden, dann ist das ein gesellschaftspolitischer Skandal. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen verändern. Es darf nicht weiterhin nur Privatsache der Mütter sein, sich um die Kindererziehung zu kümmern. Wir brauchen beispielsweise flexible Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen an den Hochschulen. In dem Bereich sind wir in Deutschland wirklich noch ein Entwicklungsland.

machen müssen und vielleicht auch Männer aufwecken müssen, festzustellen, dass wir ein riesiges Potential an gut ausgebildeten Frauen in Deutschland haben. Frauen müssen dafür sorgen, dass sie als selbstverantwortliche Wesen gesehen werden. Da ist Ehegattensplitting für mich ein ganz wichtiges Thema. Wenn wir das Selbstwertgefühl der Frauen stärken und die Rahmenbedingungen verbessern, glaube ich, dass uns auch nicht so viele Frauen auf dem Weg in der Karriere verloren gehen. Wir haben hervorragende Frauen und brauchen keine Green-Card.



Regina van Dinther (CDU)

Capune-Kitka: Den haben sie mit Sicherheit nicht. Ich weiß aber nicht, ob das an der Gesellschaft und der Arbeitswelt liegt. Ich glaube, dass wir Frauen da selber noch einiges leisten müssen, um den gebührenden Stellenwert zu bekommen. Ein Beispiel: Als ich damals in den Landtag kam, versuchte ich verzweifelt

Dr. Seidl: Ich glaube, dass gesellschaftlich gesehen der Stellenwert sicherlich vorhanden ist. Aber wenn man einmal genauer in die Arbeitswelt hineinschaut, gerade was den Bereich der Wissenschaftspolitik angeht, dann wird man etwas anderes feststellen. Bei den Studienanfängern haben wir in diesem Jahr in NRW erstmals mehr Frauen als Männer, das ist ein sehr erfreuliches Signal – aber je höher man in die verschiedenen Qualifikationsstufen kommt, desto geringer wird der Anteil der Frauen. Und das ist am deutlichsten bei den C-4 Professuren, von denen nur 9,3 Prozent von Frauen besetzt sind. Wir sind zwar mit dem Landesgleichstellungsgesetz ein ganzes Stück weiter gekommen, was das Bewusstsein betrifft, aber Männer sind halt traditionell immer eher in Führungspositionen gewesen. Frauen sind

immer noch nicht stark genug in Führungspositionen vertreten und daran müssen wir arbeiten. An den Hochschulen haben wir dazu



Brigitte Capune-Kitka (FDP)

unterschiedliche Instrumentarien wie das Landesgleichstellungsgesetz mit den Gleichstellungsbeauftragten. Wir haben zudem von der europäischen Ebene das Instrument „Gender Mainstreaming“ und wir haben die leistungsorientierte Mittelvergabe. Wir haben also Instrumente, aber die reichen noch nicht aus.

Seit Jahren gibt es in der öffentlichen Verwaltung in NRW Frauenbeauftragte. Sollte das auch für die Wirtschaft verbindlich werden?

Tausch: Es gibt große Unternehmen, die Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte eingestellt haben. Dies ist zweifellos ein wichtiges Instrument, um auf formaler Ebene viel für die Frauenförderung zu bewirken. Die Gleichstellung von Männern und Frauen muss aber Aufgabe aller – auch in den Führungsetagen – sein. Der Landtag hat sehr einmütig einen Antrag verabschiedet zum Thema Gender Mainstreaming. Dies bedeutet, die Berücksichtigung von Geschlechterperspektiven zum integralen Bestandteil in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu machen. Nur so können wir es schaffen, den Gleichstellungsgedanken tatsächlich kulturell zu verankern. Diese Aufgabe sollte und darf nicht nur an einer Person hängen.

van Dinther: Der Unterschied zwischen dem Öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft ist der, dass die

Personen, die selbstständig sind, auch selber zahlen. Und wenn sie selber zahlen, müssen sie auch entscheiden, welche Strategien sie einsetzen. Ich bin mir jedoch ziemlich sicher, dass wir in der Privatwirtschaft eine Entwicklung haben werden, dass auf qualifizierte Frauen in Zukunft zurückgegriffen wird, da viele Anforderungsprofile von Zukunftsberufen auf weibliche Qualifikationen angelegt sind. Und wir wissen anhand der Zahlen, dass entweder Einwanderung oder mehr Frauenerwerbstätigkeit die Lösungen sind. Daher brauchen wir hier keine neuen Gesetze.

Capune-Kitka: Nein. Man sollte die Wirtschaft nicht zu etwas zwingen, was zu Entwicklungen führt, die einfach nicht in Ordnung sind. Ich halte Gender Mainstreaming für ein vernünftiges Instrument, wenn ich Männer und Frauen immer gleicher-

maßen betrachte. In unserem Antrag zur neuen Gemeindeordnung haben wir gefordert, keine Frauenbeauftragten mehr, sondern Genderbeauftragte oder einen Genderausschuss, der paritätisch mit Frauen und Männern besetzt wird. Wenn ich mir heute betrachte, dass 80 Prozent der Schulabgänger ohne Abschluss Jungen sind, dann muss ich mich fragen, wie kann ich anders mit Ressourcen umgehen.

Dr. Seidl: Ich finde, wir sind mit dem Landesgleichstellungsgesetz einen so guten Schritt vorangekommen, dass wir sagen, dieses Instrument sollte eigentlich auch für die Wirtschaft greifen. Der Landesverband der Grünen ist zurzeit auf Tournee mit einem Frauen-Bus und versucht, das weiter voran zu treiben.

Natürlich ist es nur ein Instrument von vielen, zudem ein starres, genau wie die ganzen Quotenregelungen immer starre Instrumente und nur Hilfsmittel sind. Solange wir unserem Ziel, dass es wirklich



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)

eine gleiche Teilhabe gibt, nicht näher gekommen sind, brauchen wir diese starren Instrumente.

Sind aufgrund der leeren Kassen und der bisher schon erreichten Fortschritte spezielle Förderprogramme für Frauen im Land noch vertretbar?

Tausch: Im Rahmen der Haushaltsberatung werden wir mit Sicherheit schauen, das Wünschenswerte machbar zu machen. In Nordrhein-Westfalen existieren aber weitere Fördermöglichkeiten. Das Landesgleichstellungsgesetz gilt für alle Einrichtungen des Landes. Im Bereich Wissenschaft und Forschung existiert seit 1986 das sehr erfolgreiche Netzwerk Frauenforschung. Die Einführung der Juniorprofessuren bietet gerade jungen Frauen einen besseren Einstieg in eine Hochschulkarriere als bisher. Schnupperuniversität für Schülerinnen, Chancengleichheit im Ingenieurstudium und andere Projekte helfen Frauen beim Einstieg. Ein Teil der Mittel werden in den Hochschulen nach Leistungskriterien vergeben, zu denen auch der Erfolg in der Förderung von Frauen zählt. Diese und andere Fördermöglichkeiten müssen weitergeführt und ausgebaut werden.

van Dinther: Die werden alle auf den Prüfstand gestellt, da bin ich ganz sicher. Da gibt es Chancen und Risiken. Die Chancen sind die, dass ineffektive Sachen den Bach runter gehen und überzeugende Dinge erhalten bleiben können. Ich hoffe jedoch sehr, dass wir noch ausreichend Entscheidungsspielraum haben werden, um die überzeugenden Programme zu erhalten.

Capune-Kitka: Ich frage mich ehrlich, ob z.B. die Regionalstellen Frau und Beruf unter dem Gendergedanken in Zukunft noch weiter existieren müssen. Besonders, weil sie ja auch Männern verschlossen sind. Männer, die z.B. Kinder betreuen, finden keinen Platz in diesen Stellen, auch in den Wiedereingliederungsmaßnahmen nicht. Und das finde ich nicht korrekt.

Dr. Seidl: Wir müssen den Kernhaushalt sichern. Wir müssen gucken, was kann man strukturell verändern und wo können wir einsparen. Und das sind bestimmt nicht gerade die Frauenförderprogramme. Gerade die sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die sich nicht nur für die Frauen, sondern für das ganze Land bezahlt machen werden. Gerade jetzt, wo viele Hochschulprofessoren in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen, ergibt sich die Chance, diesen Generationswechsel auch für einen Strukturwechsel zu nutzen.

Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.